



Auf der Suche nach der „Arbeiterregierung“

Griechische Rätsel



Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

www.riruhr.de
info@riruhr.de

© Oktober 2015



Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

© 2015

Inhaltverzeichnis

Auf der Suche nach der „Arbeiterregierung“	3 - 16
Klein-Griechenland bei ThyssenKrupp	17 -18
Griechenland & ThyssenKrupp: Staatsverschuldung durch Bestechung	19 -20
Griechische Rätsel	21 -31

werden wird. Bekanntlich hinkt das Bewusstsein den Ereignissen hinterher. Jede Umsetzung einer Maßnahme aus dem EU-Spardiktat wird solche Bewusstseinsveränderungen fördern. Die ArbeiterInnenklasse in Griechenland ist nicht zerschlagen. Entscheidende Kämpfe stehen noch bevor. Die übrig gebliebenen linken Kräfte KKE, Volkseinheit und ANTARSYA werden dafür sorgen, dass die linke Kritik präsent bleibt.

Pitt/RiR 25.10.2015



Welche Perspektiven ergeben sich für die ArbeiterInnenklasse und die revolutionäre Linke?

Nach der Septemberwahl und dem Umfall von SYRIZA ist der parlamentarische Ausweg – der immer eine Sackgasse war – auch in den Augen vieler Lohnabhängiger versperrt. Nur die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) steht noch im Parlament für ein linkes NEIN zum Spardiktat. Die ArbeiterInnenklasse wird umso mehr gezwungen sein, sich wieder auf die aktive Verteidigung ihrer Klasseninteressen zu besinnen, als die Umsetzung vieler Maßnahmen des Spardiktats noch bevorsteht.

Auch wenn es Schichten der ArbeiterInnenklasse gibt, die nun wie SYRIZA umschwenken und der Meinung sind „Tsipras hat bei den Verhandlungen mit der EU sein Möglichstes getan, mehr war nicht drin“, so wird die Umsetzung des Spardiktats durch SYRIZA – das die nackte Existenz in Frage stellt – so wenig von den ArbeiterInnen, Angestellten und Erwerbslosen akzeptiert werden wie unter der PASOK.

Der Umdenkungsprozess hat begonnen und drückte sich im massiven Wahlboykott aus: 5,4 Millionen Menschen haben gewählt. 749.000 WählerInnen vom Januar sind im September zu Hause geblieben. Das bedeutet nicht nur Verunsicherung und Demoralisierung, sondern auch Nachdenken und Neuorientierung in allen Klassen der griechischen Gesellschaft. In der ArbeiterInnenklasse wird es dauern, bis der Verrat von Tsipras und SYRIZA verarbeitet

Auf der Suche nach der „Arbeiterregierung“

Warum sollte man scheinbar veraltete Begriffe wie den der „Arbeiterregierung“ zur Untersuchung heutiger „Linksregierungen“ nutzen? Genügt es nicht, die Versprechen von Tsipras SYRIZA mit ihren Taten zu vergleichen? Diese nützliche Arbeit wird längst getan. Die internationale linke Presse ist voll davon. In einer Klassengesellschaft kann es jedoch nicht schaden, eine „Linksregierung“ nach Klassenkriterien zu untersuchen. Dabei könnte vielleicht helfen, sich an frühere „Arbeiterregierungen“ zu erinnern und in Erinnerung zu rufen, welche Kriterien damals die linke Kritik an sie angelegt hat.

Reformen sind Nebenprodukte des revolutionären Kampfes

ReformistInnen versprechen grundlegende Reformen durch die Instrumentalisierung des bürgerlichen Staatsapparats. Angeblich kann er für die Interessen der Arbeiterklasse in Bewegung gesetzt werden. Angesichts des bürgerlichen Klassencharakters von Streitkräften, Justiz, Schule/Uni, von Medien und in Griechenland der Macht der Kirche hieße das, einer Illusion nachzujagen. Ein Widerspruch der Geschichte lautet: Nicht reformistische Politik, nur revolutionäre Klassenkämpfe können wirkliche Reformen erreichen.

Denn für MarxistInnen sind Reformen Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes der ArbeiterInnenklasse. Ohne revolutionären Kampf keine Reformen, die ihre Lage spürbar verbessert. Die 8-Std.-Schicht, das Frauenwahlrecht und das allgemeine Wahlrecht in Deutschland waren Ergebnis der Novemberrevolution 1918. Die 7-Std.-Schicht im Bergbau war das Ergebnis der Massenstreiks 1919 im Ruhrgebiet. Eines sind grundlegende Reformen sicherlich nicht: das Resultat einer klugen Regierungspolitik reformistisch-sozialistischer Parteien.

Wahlen statt Generalstreik

Wer von der Regierung Tsipras grundlegende „Reformen“ erwartet, dürfte früher oder später enttäuscht werden. In Griechenland fehlt es nicht an Reformversprechen von SYRIZA; es fehlen die Klassenkämpfe, um grundlegende Veränderungen durchzusetzen. Längst fand eine gegenteilige Entwicklung statt: Nach ca. 20 Generalstreiks, die wegen ihres rein demonstrativen Charakters das Programm der Troika nicht stoppen konnten, schwand das Vertrauen der ArbeiterInnenklasse in die eigene Kraft und in weitere Aktionsmöglichkeiten. Die Arbeiterbewegung ist nicht zerschlagen worden; sie bleibt weiterhin kampffähig. Sie orientierte sich aber um, weg von der Straße, hin auf die Wahlebene. Der Wahlsieg von SYRIZA und die „Linksregierung“ Tsipras sollten die eigene Aktion ersetzen. Auch die „Bewegung der Plätze“ brach ein. Manche Linke sagen dazu: „SYRIZA sei ein Mandat erteilt worden“.

Kapitalismus, für die Nationalisierung der Schlüsselindustrien, für die Auflösung der Spezialeinheiten der Polizei, für die Legalisierung aller Flüchtlinge.

Vielleicht hätte es trotz der inhaltlichen Differenzen ein Zweckbündnis für ein linkes NEIN zum Spardiktat der EU geben können. Aber die Volkseinheit hatte auch schon die vorderen Plätze für den Wahlzettel festgelegt. Schließlich wollten ihre linken Abgeordneten nach der Spaltung von SYRIZA erneut ins Parlament einziehen. Sie waren fest davon überzeugt, auch ohne ANTARSYA über die 3%-Hürde zu springen. Es war die Volkseinheit, die sich sektiererisch verhielt, nicht ANTARSYA. Das war für jede revolutionäre Gruppe oder Bündnis unannehmbar.



Dabei wäre Propaganda für eine „revolutionäre Arbeiterregierung“ durchaus sinnvoll gewesen. Damit hätte mehr Lohnabhängigen vermittelt werden können, dass ein revolutionärer Bruch nötig ist, um das Spardiktat der Troika erfolgreich zu abzuwehren (wie an anderer Stelle in dieser Broschüre ausgeführt).

Warum ist ANTARSYA kein Wahlbündnis mit der Volkseinheit eingegangen?

SYRIZA hatte vorher NEIN zum Spardiktat der Troika gesagt. Die Mehrheit um Tsipras wechselte vom NEIN zum JA. Eine reformistische Minderheit hat am OXI, aus welchen Gründen auch immer, festgehalten und die Volkseinheit gebildet. Ein Bündnis von Volkseinheit (155.000 Stimmen = 2,86%) und ANTARSYA (46.000 Stimmen = 0,85 %) hätte den Sprung über die 3%-Hürde geschafft. Dann hätten auch die RevolutionärInnen das Parlament als Tribüne des Klassenkampfes nutzen können. Die revolutionäre Stimme im Parlament hätte die außerparlamentarische Arbeit von ANTARSYA sinnvoll ergänzen können.

Wie wir über das Gespräch eines Freundes mit einem Mitglied der Verhandlungsdelegation von ANTARSYA mit der Volkseinheit erfahren haben, kam ein Wahlbündnis wg. einer Reihe inhaltlicher Differenzen nicht zustande: Die Volkseinheit wollte eine demokratische, patriotische Front mit nationalistischer Rhetorik gegen das Memorandum, aber keinen Bruch mit der EU. ANTARSYA ist nicht nur gegen Sparpolitik und Neoliberalismus, sondern gegen den

Das von vielen hiesigen Linken bejubelte Wahlergebnis von SYRIZA in Griechenland ist nicht Zeichen eines Aufschwungs der Klassenbewegung, sondern ihres Stillstands. Hoffentlich ändert sich das morgen und die ArbeiterInnenklasse wird plötzlich wieder auf die Straße gehen. Vielleicht sogar, um „ihre“ Regierung Tsipras gegen EU und Troika zu verteidigen. Aber zurzeit herrschen Passivität, Vertrauen auf andere und die Hoffnung „Tsipras wird es machen“. Noch einmal: Ohne offene Klassenkämpfe wird es in Griechenland und anderswo keine Reformen geben, die diesen Namen verdienen, von einer revolutionären Entwicklung ganz zu schweigen.

Die „Arbeiterregierung“ in Griechenland

Für Linke mit trotzkistischer Tradition gehören „Einheitsfront“ und „Arbeiterregierung“ zu den politischen Standards, die gern auf die aktuelle Situation angewandt werden. Was haben wir von TrotzkiInnen in der BRD in der Vergangenheit nicht schon alles als Formeln für die „Einheitsfront“ und/oder die „Arbeiterregierung“ – als zeitgemäße Anwendung der Erfahrungen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale – präsentiert bekommen: eine SPD-Alleinregierung, eine Regierung SPD-Grüne, eine Regierung SPD-Grüne-PDS, eine Regierung SPD-PDS, eine Regierung SPD-Grüne-Die Linke, eine Regierung SPD-Die Linke.

In Wirklichkeit hat sich die Losung von der „Arbeiterregierung“ nicht als altbewährte, revolutionäre,

auf die heutigen Verhältnisse angewandte Formel erwiesen, sondern als Parole des gemäßigten Reformismus um Gregor Gysi. Der linke Flügel DER LINKEN lehnt bekanntlich Regierungsbeteiligungen ab. Doch leider ist es bei Formeln nicht geblieben. Kam eine der genannten Koalitionen zustande, erwies sie sich als ganz normale bürgerliche Regierung, die nur eines im Schilde führte: die Krise des Kapitalismus auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen.

Wer so oft mit seiner Politik daneben lag, dem fällt es nicht schwer, die Regierung Tsipras zu einer Art „Arbeiterregierung“ zu verklären. Manchmal wird sogar ausgeklammert, dass sich SYRIZA in Koalition mit der rechten ANEL befindet. Das Bündnis mit Kammenos war ein Signal von Tsipras an die griechische Bourgeoisie, dass seine Regierung keine grundlegenden Änderungen vornehmen wird. Umgekehrt ist Kammenos der Garant der Bourgeoisie in der Tsipras-Regierung, dass nichts anbrennt. Für die ArbeiterInnenklasse kann bei einer solchen Koalition nichts herauskommen. Das mindeste wäre es, den volksfrontähnlichen Charakter des Bündnisses zu kritisieren und den Rauswurf der griechischen Variante der AfD aus der Regierung zu fordern, wie es einige vom linken Flügel in SYRIZA tun.

Auch das undemokratische Wahlverfahren wird in der hiesigen linken Presse kaum erwähnt. SYRIZA erreichte 2.246.064 Stimmen (ca. 1/3 der abgegebenen Stimmen und ca. 1/4 der Wahlberechtigten). Im Vergleich zur vorhergehenden Parlamentswahl im Juni 2012 hat die „Vereinte Soziale Front“ damit ca. 600.000 WählerInnen gewonnen. Im

hätte. Auch gibt es keine neue revolutionäre Partei, denn die Volkseinheit setzt nur die Politik fort, die SYRIZA ursprünglich wollte. Stattdessen ist gerade bei dem früheren linken Flügel von SYRIZA die Enttäuschung riesengroß.

Diejenigen, die als DEA oder KOE in SYRIZA arbeiteten, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, Illusionen in Tsipras und SYRIZA geschürt zu haben. Wer erst auf eine „Linksregierung“ orientierte, den Bruch von Tsipras mit der Troika einforderte, vom Aufbau von SYRIZA als neuer anti-kapitalistischer Partei schwärmte, zur Wahl von SYRIZA statt der revolutionären ANTARSYA aufforderte, dann den Verrat von Tsipras am NEIN und den Umfall der Mehrheit von SYRIZA erlebte, um anschließend die letzten überzeugten ReformistInnen in der Volkseinheit zu sammeln, muss sich fragen lassen: Warum habt ihr nicht von Anfang mitgeholfen, mit ANTARSYA eine wirkliche Alternative außerhalb von SYRIZA aufzubauen?

Man könnte meinen, dass sei einzig und allein die Sache von DEA oder KOE. Aber die RevolutionärInnen in SYRIZA haben ihren Einfluss unter den Lohnabhängigen genutzt, um sie auf SYRIZA und Tsipras zu orientieren. Die Logik der „Arbeiterregierung“ führte direkt in die reformistische Sackgasse. Die Demoralisierung vieler linker AktivistInnen ist nicht nur dem Verrat von Tsipras am NEIN zu verdanken, sondern auch ein Resultat dieser Politik, der nun die nächste Fehlorientierung auf die Volkseinheit folgt.

Auf dem linken Flügel von SYRIZA, der erheblich breiter als die Volkseinheit war, war die Demoralisierung riesengroß. Das war das Ergebnis der Illusionen in SYRIZA und der Orientierung auf eine „Linksregierung“ bzw. eine „Arbeiterregierung“.

Was wurde aus der Forderung nach einer „Linksregierung“?

Viele antikapitalistische Linke sahen in der Regierung Tsipras eine „Linksregierung“, von der sie den Bruch mit der Politik der Troika forderten und erwarteten. Vor allem trotzkistische Organisationen sahen Tsipras „Linksregierung“ als eine Art „Arbeiterregierung“ an, die zu unterstützen sei. Die TrozktInnen in SYRIZA riefen selbstverständlich zu ihrer Wahl und nicht etwa zu der des revolutionären Bündnisses ANTARSYA auf. Dank solch revolutionärer Pädagogik sollte die ArbeiterInnenklasse ihre eigenen Erfahrungen mit Tsipras machen, mit ihm brechen und eine neue antikapitalistische, revolutionäre Partei aufbauen. Es sei nötig gewesen, an der Bündnispartei SYRIZA teilzunehmen, um Teil dieses neuen, linken Differenzierungsprozesses zu werden.

Doch im Fall SYRIZA versagte die angeblich revolutionäre Pädagogik völlig. Weder brach Tsipras mit der Troika, noch die ArbeiterInnenklasse nach dessen Umfall mit SYRIZA, noch gab es eine Radikalisierung in SYRIZA, die sich nach Tsipras Verrat in massiven Stimmengewinnen für die Volkseinheit, die KKE oder für ANTASYA niedergeschlagen

Vergleich der Parlamentswahl 2015 zu der vom Mai 2012 gewann SYRIZA sogar 1,2 Mio. WählerInnen hinzu. Das war ein großer Wahlsieg. Aber die Regierungsübernahme verdankte SYRIZA vor allem dem undemokratischen Wahlsystem, das der stärksten Partei fünfzig Extrasitze im Parlament zuschiebt. Die Regierung Tsipras beruht nicht auf der Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse, sondern auf einer parlamentarischen Kombination.

Eine wichtige Verschiebung

Die aktuelle Passivität der ArbeiterInnenklasse in Griechenland schließt keineswegs ihre parteipolitische Radikalisierung aus. Die Bedeutung des Wahlsieges von SYRIZA liegt genau in diesen politischen Verschiebungen innerhalb der ArbeiterInnenklasse: ihre Mehrheit ist von PASOK zu SYRIZA gegangen. Das drückt einen wichtigen Bewusstseinswandel aus. So könnte es passieren, dass die ArbeiterInnenklasse aktiv wird, um die „Bremse“ ANEL aus der Regierung zu drängen. Natürlich wäre eine solche Bewegung zu unterstützen – um eine „revolutionäre Arbeiterregierung“ zu fordern, die revolutionäre Maßnahmen durchsetzt (siehe das Programm von ANTARSYA). Ähnlich wichtige politische Brüche zeichnen sich im Spanischen Staat ab, wo viele von der PSOE zu PODEMOS gehen, und in der Türkei, wo die alevitische Religionsgemeinschaft sich von der CHP auf die kurdische HDP umorientiert. Bei allen Unterschieden zwischen den Ländern können solche parteipolitischen Brüche für die antikapitalistische Linke nicht hoch genug eingeschätzt werden. Welche konkreten Takti-

ken sich in Griechenland daraus ergeben, wissen die GenossInnen von ANTARSYA sicherlich besser, als von außen zu beurteilen ist.

Gegenüber dieser Verschiebung innerhalb der Arbeiterklasse nach links ist die nach dem Wahlsieg von SYRIZA stark angestiegene Zustimmung zur Regierung Tsipras von untergeordneter Bedeutung. Eine Regierung, für die plötzlich alle sind, der Kapitalist wie der Arbeiter, der demokratische Kommunist wie der gestrige Wähler der Goldenen Morgenröte, wird bei der nächsten Wendung ebenso plötzlich den Großteil dieser neuen „UnterstützerInnen“ verlieren können.

Wo ist die „Einheitsfront“?

Für viele TrotzkiInnen soll bei Wahlen eine „Arbeiterregierung“ aus der „Einheitsfront der Arbeiterparteien“ entstehen, welche für die „Arbeiterregierung“ eine Art Basis bilden soll. Setzt man „Arbeiterparteien“ mit „linken Parteien“ gleich, dann müsste eine Einheitsfront in Griechenland eigentlich aus SYRIZA, der stärksten linken Wahlpartei, und der KKE, der kommunistischen Minderheitspartei in der ArbeiterInnenbewegung, bestehen. Eine solche Einheitsfront gibt es nicht. Sie wird auch von (fast) niemandem in der revolutionären Linken vorgeschlagen, was – wenn überhaupt – mit der Aussichtslosigkeit des Zustandekommens einer solchen „Einheitsfront“ begründet wird. Mit anderen Worten: In Griechenland fehlt eine „Einheitsfront der Arbeiterparteien“, die angeblich die Voraussetzung für eine „Arbeiterregierung“ sein soll. Käme sie

dessen Mehrheit in den Leitungsgremien von SYRIZA bewertet worden.

Die Volkseinheit ist keine Abspaltung von SYRIZA nach links. In Laiki Enotita sind – wie schon der Name nahe legt – die Mehrheit der Mitglieder ebenfalls ReformistInnen, die das NEIN der ArbeiterInnenklasse zum Spardiktat der Troika nicht verraten wollten. Das ist nicht lobenswert, sondern eigentlich selbstverständlich. Leider binden sich in der Volkseinheit revolutionäre Gruppen erneut an eine reformistische Mehrheit und meinen – wie schon in SYRIZA – „eine breitere Umgestaltung der Linken zu erreichen“², statt eine eigenständige, unabhängige, revolutionäre Alternative aufzubauen.

Die Überschätzung der Volkseinheit ist Resultat der Überschätzung von SYRIZA. Hinzu kam die eigene Selbstüberschätzung, die meinte, ein paar RevolutionärInnen hätten ihre Parlamentssitze sich selbst und ihrer guten Taktik zu verdanken. Doch die Stärke des linken Flügels war nur von SYRIZA, d.h. vom Reformismus, geliehen. Außerhalb von SYRIZA, ihrer Gremien, ihrer parlamentarischen Vertretungen und der Ausstrahlung von Tsipras wurde der linke Flügel auf das reduziert, was er wirklich repräsentiert: 155.000 WählerInnen. Das ist nicht wenig. Umgerechnet auf die BRD hätte die Volkseinheit bei der letzten Bundestagswahl 1,2 Mio. Stimmen bekommen. Aber es reichte nicht, um die undemokratische 3 %-Hürde zu überwinden.

²Diethnistiki Ergatiki Aristera (DEA), Laiki Enotita – Volkseinheit – ein Hoffnungsträger für die Linke, 26.8.2015, www.islinke.de.

volutionärer Bruch und ein revolutionärer Generalstreik erforderlich. Doch seit gut einem Jahr, nach über zwanzig Generalstreiks, die nur Demonstrations- und keine Durchsetzungstreiks waren, hatte die ArbeiterInnenklasse ihre Hoffnungen auf die Wahlebene verlagert und auf SYRIZA vertraut. Solange die ArbeiterInnenklasse passiv bleibt, gibt es keinen neuen Radikalisierungsschub nach links.

Warum eroberte der linke Flügel nicht SYRIZA und kam nicht über die 3%-Hürde?

Der linke Flügel in SYRIZA war zwar für manchen innerparteilichen Sturm im Wasserglas gut, aber wo es lang ging, bestimmte – wie in jeder reformistischen Partei – deren Parlamentsfraktion, die von der ehemaligen SYN beherrscht wurde. Viele Linke in Griechenland und in aller Welt bewerteten jedoch SYRIZA nicht nach dem Charakter des Reformismus, sondern nach ihren Resolutionen. Dass der Reformismus als bürgerliche Strömung in der ArbeiterInnenbewegung dem Spardiktat der Troika eher nachgibt als dem OXI der ArbeiterInnenklasse, blieb für sie ein undurchsichtiges Orakel.

So wie viele Linke aus aller Welt früher SYRIZA und Tsipras überschätzten, so überschätzten sie vor der Septemberwahl die neue reformistische Formation Laiki Enotita, der ein Wahlergebnis von 7-8 Prozent und darüber zugetraut wurde. Man sah den linken Flügel von SYRIZA als dritte Kraft im Parlament und Laiki Enotita als seine Repräsentantin. Als Zeichen der Stärke des linken Flügels war

zustande, dann könnte sie die offenen Klassenkämpfe der ArbeiterInnenklasse nicht ersetzen, aber ermutigen. Das revolutionäre Bündnis ANTARSYA ist schwach. Es kann zwar eine „Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse“ propagieren, sie aber nicht erzwingen. ANTARSYAS Einflussmöglichkeiten liegen in der Gewerkschaftsopposition, in der sozialen und in der antifaschistischen Bewegung und in der Jugend. Im Kampf gegen faschistische Angriffe ist die Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse absolut notwendig. Selbst sie ist nicht leicht herzustellen.

Ein historischer Hinweis von Ernest Mandel

Der marxistische Theoretiker Ernest Mandel hat einmal betont, dass von den vielen linken Regierungen allein die Landesregierungen im Oktober 1923 in Sachsen und Thüringen wirkliche Arbeiterregierungen gewesen seien, weil sie sich auf Basisorgane der ArbeiterInnenklasse gestützt hätten. Für die Ansicht von Mandel gab es gute Argumente. Im Krisenjahr 1923 radikalisierten sich die ArbeiterInnenklasse und ihre Betriebsräte. Nicht nur im Ruhrgebiet dürften sie mehrheitlich kommunistisch gewesen sein. Wohl deshalb fanden in diesem Jahr keine Betriebsratswahlen statt – zumindest nicht im Bergbau. Die Herrschenden wollten der immer radikaleren Stimmung der ArbeiterInnenklasse keine neuen organisatorischen Stützpunkte bieten. Der einzig erfolgreiche Generalstreik, den die KPD je initiieren konnte, ging von einer Versammlung von 12.000 Betriebsräten in Berlin aus, die zum Sturz der Reichsregierung Cuno aufriefen.

Diese wurde im Sommer 1923 in wenigen Tagen weggestreift. Neben den Betriebsräten, auf die sich die „linken“ Landesregierungen in Sachsen und Thüringen stützen konnten, gab es sog. „Hundertschaften“, Kampfformationen aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Unorganisierten. Mandel überschätzte zwar die Politik der „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und Thüringen ebenso wie die Organe der Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse¹.

Aber er machte darauf aufmerksam, dass eine „Arbeiterregierung“, die den Namen verdient, sich *auf Basisorgane stützen muss*, wie immer diese aussehen. Eine „Arbeiterregierung“ ohne solche Stützen der ArbeiterInnenklasse ist eine ganz normale bürgerliche Regierung im Rahmen des Kapitalismus.

Die Position der linken Opposition in der KPD

Anders als später Ernest Mandel gingen 1923 die damaligen linke Kommunisten (sie stellten 1924-1925 die Parteiführung der KPD) bei den Regierungskoalitionen von linker SPD und der KPD in Sachsen und Thüringen nicht von „Arbeiterregierungen“ aus. Zwar waren die linken Kommunisten die Ersten in der KPD, die überhaupt eine „Arbeiterregierung“ anstrebten, aber sie nannten dafür bestimmte Kriterien:

- es sei illusionär, dass eine „Arbeiterregierung“ die Forderungen der „Arbeiterklasse“ über den bür-

¹ Verbreitet ist, die „Chemnitzer Konferenz“ 1923 sei eine „Betriebsrätekonferenz“ gewesen. Tatsächlich weigerte sich die moderate KPD-Leitung um Heinrich Brandler, eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen, um nicht ihre linkssozialdemokratischen Bündnispartner zu verschrecken.

derlage von SYRIZA erwartet hatten. Obwohl die halbfaschistische LAOS-Partei nicht mehr kandidiert hatte, konnten deren 63.000 WählerInnen vom Januar 2015 nicht von der Goldenen Morgenröte aufgefangen werden.

Die Gefährlichkeit des Faschismus liegt im Straßenterror gegen die ArbeiterInnenbewegung, der nach wie vor die Einheitsfront der ArbeiterInnenbewegung als Antwort erfordert. Zwar kann die Goldene Morgenröte auch zukünftig anziehend auf das enteignete und entwurzelte Kleinbürgertum wirken. Doch gibt es zurzeit weder eine revolutionäre Bedrohung für das Großkapital, noch reformistische Nadelstiche. Die griechischen Reeder benötigen nach Tsipras Umfall keine Steigerung des faschistischen Straßenterrors.

Warum gab es keine weitere Radikalisierung nach links?

SYRIZA hat im September im Vergleich zum Wahlsieg im Januar 320.000 Stimmen verloren. Davon konnte die große radikal-reformistische Kommunistische Partei KKE nicht profitieren, die 36.500 Stimmen verlor. Von diesen insgesamt 356.500 WählerInnen wechselten nur 155.000 zur neuen Formation Laiki Enotita (Volkseinheit) des abgespaltenen linken Flügels der SYRIZA, die nicht im Parlament vertreten ist. Der kleine Gewinn von ANTARSYA (plus 6.500 WählerInnen) hat nichts rausgerissen.

Nur der Klassenkampf der ArbeiterInnenklasse kann das Spardiktat der Troika kippen. Dafür waren und sind ein re-

Strömungen und Untergruppen von SYRIZA mussten Farbe bekennen. Das sprengte SYRIZA als breite, linke Partei.

Die reformistische Mehrheit um Tsipras konnte und wollte nicht mit einer Strategie brechen, die von der Übernahme des kapitalistischen Staatsapparates Wunder erwartete. Wie alle ReformistInnen vertraute Tsipras nach dem großen Wahlsieg vom Januar 2015 nicht auf die eigene Kraft oder die der ArbeiterInnenklasse. Er bildete eine Regierungskoalition mit der rechtsnationalistischen ANEL¹. Die kleine revolutionäre Minderheit in SYRIZA fühlte sich den Arbeiterinteressen verpflichtet und konnte und wollte das NEIN nicht verraten.

Unter dem Druck von oben und unten musste auseinanderbrechen, was nicht zusammen gehört: Breite linke Parteien aus ReformistInnen und RevolutionärInnen haben nicht nur in Zeiten zugespitzter Klassenkämpfe keinen Bestand, sondern schon dann nicht, wenn es um die nackten Interessen der Bourgeoisie und für die Lohnabhängigen um Überlebensfragen geht.

Warum gab es keine Radikalisierung nach rechts?

Die Goldene Morgenröte, die seit der September-Wahl drittstärkste Formation im Parlament ist, hat Prozentanteile gewonnen (+ 0,71%). Tatsächlich hat sie geringfügig an WählerInnen verloren (- 8.800). Keineswegs steht sie vor dem Durchbruch, wie viele bei einer drastischen Wahlnie-

¹ Das lag ganz in der Tradition von SYNASPISMOS, die 1989 eine Regierungskoalition mit der konservativen Nea Demokratia eingegangen war.

gerlichen Staatsapparat verwirklichen könne;

- ihre Forderungen sollte die Arbeiterklasse selbst durchsetzen, statt für sie der bürgerliche Staatsapparat;
- die für eine „Arbeiterregierung“ notwendige Einheitsfront müsse die Klasse mobilisieren, statt sich auf Verhandlungen der Partei- und Gewerkschaftsspitzen zu beschränken;
- alle Verhandlungen über „Arbeiterregierung“ und „Einheitsfront“ müssten öffentlich, statt geheim geführt werden;
- die RevolutionärInnen dürften während der „Arbeiterregierung“ und der „Einheitsfront“ nie auf die Kritik an der Politik des Reformismus verzichten;
- „Arbeiterregierung“ und „Einheitsfront“ dürften von einer „Taktik“ nicht zu einer „Strategie“ werden;
- inhaltlich dürften keine unnötigen Zugeständnisse erfolgen;
- „Arbeiterregierung“ und „Einheitsfront“ könnten nur im Kampf entstehen;
- Käme es zu offenen Klassenkämpfen, dann würden sich Organe der Selbsttätigkeit (z.B. deutschlandweite Betriebsrätekongresse) bilden, auf die sich „Einheitsfront“ und „Arbeiterregierung“ stützen müssten;

- die Unterstützung reformistischer Minderheitsregierungen sei abzulehnen, da es sich um bürgerliche Regierungen handle;
- RevolutionärInnen sollten für eine „Arbeiterregierung“ und eine „Einheitsfront“ ein revolutionäres Programm vorschlagen, das z.B. die Kontrolle der Produktion und die Nationalisierung der Großbetriebe beinhalte;
- eine solche „Arbeiterregierung“ würde den Rahmen des Kapitalismus sprengen.

Schon ein kurzer Blick zeigt: Auch im historischen Vergleich hat die Regierung SYRIZA nichts mit einer „Arbeiterregierung“ zu tun. Tsipras SYRIZA:

- sieht die Regierungsübernahme als entscheidenden Schlüssel (Strategie), um Politik zu machen;
- will Änderungen mittels des bürgerlichen Staatsapparats durchsetzen;
- setzt nicht auf Mobilisierungen der ArbeiterInnen für ihre Klasseninteressen, sondern auf eine begrenzte und kontrollierte Mobilisierung zur Unterstützung seiner Regierung;
- führt hinter dem Rücken ihrer WählerInnen Geheimverhandlungen mit anderen Parteien;
- wehrt sich gegen Kritik von links;
- kratzt nicht einmal den Rahmen des Kapitalismus an;
- baut keine lokalen und betrieblichen Basisorgane

Griechische Rätsel

Das wichtigste Ergebnis der Wahl vom Januar 2015 war, dass der Einfluss der bürgerlichen PASOK in der ArbeiterInnenklasse durch die reformistisch-sozialistische SYRIZA gebrochen worden ist. Ein einschneidendes Resultat der September-Wahl ist, dass es trotz Umfallen von Tsipras keine weitere Radikalisierung nach links gab.

Warum hat sich SYRIZA gespalten?

Wie ihr ursprünglicher Name Koalition der Radikalen Linken besagte, war SYRIZA ein Bündnis aus unterschiedlichen linken Strömungen – aus ReformistInnen und RevolutionärInnen. Ihr größter Bestandteil war die Partei SYN (ASPISMOS), die aus dem Eurokommunismus kam. Zu ihr gehörte Tsipras. In SYRIZA waren ein Dutzend andere linker Organisationen z. B. ÖkosozialistInnen und Abspaltungen von KKE und PASOK. Daneben umfasste SYRIZA trotzkistische Gruppen und KOE (die Schwesternpartei der MLPD). Das sehr unterschiedliche Spektrum blieb zusammen, als sich SYRIZA 2012 vom Wahlbündnis zur Partei Vereinte Soziale Front umformierte.

Von oben kam SYRIZA unter Druck durch das Spardiktat der Troika. Von unten stand SYRIZA unter Druck durch das NEIN zum Spardiktat, das von gefühlten 80-90 Prozent der ArbeiterInnenklasse abgelehnt wird. Das ließ keinen Spielraum für parlamentarische Manöver. Eine Entscheidung wurde fällig: Entweder JA oder NEIN zum Spardiktat. Alle

Firmen war ThyssenKrupp beteiligt.

Ferrostahls maßgeschneiderte Lösungen

Merkwürdig an dem U-Boot-Geschäft war, dass sich der damalige griechische Verteidigungsminister Tsochatzopoulos für die ThyssenKrupp-U-Boote aussprach, obwohl französische U-Boote viel weniger gekostet hätten. Um die U-Boot-Geschäfte einzufädeln, hatte Ferrostahl 2000 und 2003 mit 62 Millionen Euro „Entscheidungsträger“ in Griechenland und Portugal bestochen. Auch Tsochatzopoulos soll vom Essener Unternehmen, das „maßgeschneiderte Lösungen zur Projektfinanzierung“ anbot, bestochen worden sein.

Schuldenkarussell

Haben wir das richtig verstanden? Deutsche Firmen wie Ferrostahl bestachen griechische Regierungsvertreter, um dort Investitionen einzuleiten, die niemand brauchte, aber Griechenland verschuldet haben. Als die Verschuldung hoch genug war, zwang Deutschland Griechenland zur Privatisierung des Staatseigentums, das deutsche Firmen billig kauften.

Das Schuldenkarussell ist für die Kapitaleigner ein profitables Geschäft: 77 % aller Gelder wurden aufgewandt, „um Banken und andere Finanzakteure und vor allem deren Eigentümer vor den Folgen der von ihnen verursachten Finanzkrise zu retten“ (Netzwerk Attac). Unsere KollegInnen in Griechenland bezahlen das mit 30-40% Lohnkürzungen, Massenarbeitslosigkeit, Streichung der Sozialleistungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums.

der Einheit der ArbeiterInnenklasse auf, um sich als Regierung darauf zu stützen;

- verfolgt keine systemsprengenden Forderungen;
- geht ein Bündnis mit der rechtspopulistischen ANEL ein.

Ob Mandel in der Rückschau oder die linken Kommunisten im Jahr 1923 recht hatten, sei dahingestellt. Sie teilten sich aber mindestens ein Kriterium: Dass eine wirkliche „Arbeiterregierung“ auf Organen der Selbsttätigkeit der ArbeiterInnenklasse basieren muss.

Sicherlich ist ein historischer Vergleich immer schwierig. Die Unterschiede liegen auf der Hand: 1923 haben selbst die moderaten Kommunisten um den KPD-Leiter Heinrich Brandler in den Führungskreisen der KPD davon geredet, Minister in Sachsen zu werden, um die Arbeiter besser bewaffnen zu können. Dagegen bekam Kammenos von Tsypras das Verteidigungsministerium übergeben, damit die Streitkräfte von jeder linken Versuchung unangetastet ein treues Instrument der Bourgeoisie bleiben.

Wo bleibt die Selbstorganisation?

Die „Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse“ wird häufig auf eine „Einheitsfront der Arbeiterparteien“ reduziert. Eine solche Verkürzung ist falsch, da die Einheitsfront die große Mehrheit der Klasse umfassen soll und nicht nur die X-tausend Mitglieder der „linken“ Parteien. Eine „Einheitsfront der Arbeiterparteien“ braucht keine Organe der Selbsttätigkeit bzw. versteht allenfalls die Gewerk-

schaften als solche. Kommt es jedoch zu offenen, anhaltenden Klassenkämpfen, dann schafft sich die „Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse“ automatisch ihre Organe, um die Mobilisierung und die Selbsttätigkeit zu organisieren.

Eine „Arbeiterregierung“, die ihren Namen verdient, baut nicht auf „Arbeiterparteien“ und „Gewerkschaften“ auf, sondern auf der Koordination der Organe der Selbsttätigkeit der ArbeiterInnenklasse. Solche Organe gibt es in Griechenland bis heute nicht – zumindest nicht in nennenswertem Umfang.

„Arbeiter- und Bauernregierung“ Rojava

Wer solche Organe der Selbsttätigkeit sucht, wird schnell fündig – nicht im europäischen Griechenland, sondern bei den LandarbeiterInnen, Bauern/BäuerInnen und der städtischen Armut im nahöstlichen Rojava. Dort hat keine sozialistische Revolution stattgefunden, aber es gibt grundlegende Reformen z.B. die 40 %-Quotierung für Frauen auf allen Ebenen der Selbstverwaltung; die Gleichberechtigung der Nationalitäten, die Gleichberechtigung der Religionen. Sie bilden wesentliche Grundlagen der Selbstverwaltung. Das Ganze wird durch die allgemeine Volksbewaffnung verteidigt.

Die Reformen in Rojava sind Nebenprodukte eines dreißigjährigen, grenzübergreifenden, revolutionären Kampfes der kurdischen Befreiungsbewegung. An deren Spitze stehen die revolutionären Parteien PYD und PKK.

Die drei Regionalregierungen Rojavas in Efrin, Kobane und Cizre stützen sich auf die Selbsttätigkeit vieler Basisinitiati-

Wast tun bei ThyssenKrupp Steel 08.10.2015:

Griechenland & ThyssenKrupp: Staatsverschuldung durch Bestechung

An dem Verschuldungsprozess Griechenlands war indirekt auch ThyssenKrupp beteiligt.

Seit 2010 haben EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) 206,9 Milliarden Euro für die „Griechenland-Rettung“ aufgewandt. Doch die Staatsschulden Griechenlands sanken wenig von 330 Mrd. Euro im Jahr auf 316 Mrd. Euro in 2015.

Was Deutschland bisher wirklich zahlte

Die BRD bürgt für einen dreistelligen Milliardenbetrag, falls Griechenland pleite geht. Die staatliche Bank „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ hat bisher nur 15,2 Milliarden Euro an Griechenland gezahlt.

Beispiel Militärausgaben

Ein Teil der immer größeren Verbindlichkeiten waren Militärausgaben. Von 2006 bis 2014 gab das griechische Militär offiziell 42,7 Mrd. Euro für Rüstung aus. Rückgrat der griechischen Marine sind U-Boote. Zwölf U-Boote wurden von ThyssenKrupp Marine Systems geliefert. Allein die U-Boote Typ 214 und die Modernisierung anderer U-Boote kosteten 2,8 Milliarden Euro. Vermittelt wurden die U-Boot-Geschäfte durch die Firmen Ferrostahl und MFI. An beiden

Unverständlich ist das Zusammengehen von Syriza mit der rechtskonservativen ANEL-Partei. Bei TKS ist kaum zu begreifen, wie die CDA als Nachhut der Arbeiter führend im Betriebsrat und bei den IGM-Vertrauensleuten sein kann.

Deutschland ist Exportweltmeister – Griechenland wurde niederkonkurriert. Stände die Existenzkrise von ThyssenKrupp beispielhaft für die ganze deutsche Wirtschaft, dann würden sich Merkel, Schäuble und Gabriel nicht scheuen, uns allen das mieseste Sparprogramm aufzuzwingen – so wie heute in Griechenland.

Wer bei ThyssenKrupp auf Lohn verzichten muss, dem stehen die KollegInnen in Griechenland tausendmal näher, als die Hiesingers, Merkels und Gabriels. Die Erkenntnis der gleichen Klassenlage über alle Grenzen hinweg ist der Grundstein der internationalen Solidarität.

Wirkliche Veränderungen können nur von unten kommen, wenn Menschenmassen auf die Straßen gehen. Wo der massive Widerstand in der EU gegen Lohnabbau, Rentenklau, Privatisierung und sozialen Kahlschlag beginnen wird, wissen wir nicht. Wir hoffen auf dem Syntagmaplatz in Athen und vor Tor 1 in Hamborn.



ven / Komitees in Dörfern und Stadtteilen. Das erinnert an die alte marxistische Formel von der „Arbeiter- und Bauern-Regierung“, die von einer revolutionären Massenbewegung – in Rojava von der linken kurdischen Befreiungsbewegung – getragen wird.

Wer eine „Arbeiter- (und Bauern)regierung“ sucht, findet sie in Rojava und nicht in Griechenland.

Schlussfolgerung

Ob in Rojava oder in Griechenland – internationale Solidarität sollte heißen:

- materielle Unterstützung der Selbsttätigkeit (konkrete Projekte der Selbsttätigkeit der ArbeiterInnenklasse in Griechenland; konkrete Projekte zur Unterstützung des Systems der Selbstverwaltung in Rojava wie z.B. Wiederaufbau des Gesundheitswesens in Kobane);
- politische Unterstützung der Selbsttätigkeit durch Information über ihrer „Modelle“;
- politische Solidarität mit der kurdischen Befreiungsbewegung, mit PKK und PYD; politische Solidarität mit ANTARSYA, anstatt der Regierungspolitik von Tsipras hinterher zu laufen.

Die Zahl der „linken“ reformistischen Regierungen in der Weltgeschichte, die sich alle als durch und durch bürgerlich erwiesen haben, ist so groß, dass sie kaum nachzual-

An grundsätzlicher Kritik an ihnen hat es nie gefehlt. Revolutionär-marxistische Organisationen sollten als historisches Gedächtnis funktionieren, um eine Grundsatzkritik zu vermitteln und das Problembewusstsein zu schärfen, statt bürgerlichen „Linksregierungen“ hinterher zu laufen.

Pitt/RiR 16.042015



Wast tun bei ThyssenKrupp Steel 17.072015:
Klein-Griechenland bei ThyssenKrupp
Ein Vergleich

Die deutschen Politiker Merkel, Schäuble und Gabriel sind mächtig stolz auf die Reformen, die sie Griechenland aufgezungen haben. Nicht weniger stolz verkündete der Vorstand ThyssenKrupp, den Konzern wieder in die Gewinnzone zu führen.

Was sollen das für „Sozialreformen“ sein, die in Griechenland das Staatsvermögen privatisieren, die Mehrwertsteuer erhöhen und die Renten kürzen? Was ist das für eine EU, die die griechische Wirtschaft durch die Verarmung der Lohnabhängigen ankurbeln will? Und was ist das für eine Konzernpolitik, die ThyssenKrupp durch Verzicht auf Lohn und Einfrierung der Betriebsrenten zu sanieren versucht?

Mit dem Sparprogramm für Griechenland werden die Gewinne der Banken bedient. Mit „best in class reloaded“ werden die Profite von ThyssenKrupp gesteigert.

61,3 Prozent der griechischen WählerInnen haben das Kahl-schlagprogramm der EU abgelehnt. 251 von 300 Abgeordne-ten haben es trotzdem gebilligt. Bei ThyssenKrupp Steel sind gefühlte 90 Prozent der KollegInnen gegen die Lohnkürzung. Aber 29 von 39 Betriebsräten stehen dahinter.

Die Syriza-Regierung ist umgefallen und hat sich dem Spar-programm gebeugt. Tsipras hat im großen Maßstab das Gleiche getan, was IG Metall und Betriebsratsmehrheit im Kleinen 2013 bei ThyssenKrupp vereinbart haben.